

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 0886846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, fordert, daß Politik eindeutig und erkennbar sein muß: Konkret werden. Seite 1

Wolfgang Clement stellt fest, daß der CDU-Generalsekretär zum Treiben der Neokonservativen schweigt: Heiner Geißler und das Gesetz des Dschungels. Seite 3

Ludwig Stiegler MdB erläutert den Abstieg vom Quotenverrecht der Sozialversicherungsträger: Ungerechte Härten werden abgebaut. Seite 5

Dokumentation

Alfred Grosser zum Hambach Fest: Helfen, Befreiung durchzusetzen. Seite 7

37. Jahrgang / 101

28. Mai 1982

Konkret werden

Politik muß eindeutig und erkennbar sein

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

An politischen Erklärungen und Appellen mangelt es nicht. Sie wirken langsam wie eine Art von Rheintal-Rhetorik auf dem Manegenrand der Politik. Die sich immer mehr professionalisierende Selbstdarstellung wird allerdings zunehmend wirkungsloser, jedenfalls blasser. Was wird nicht täglich "gefordert, gewünscht und für notwendig gehalten", während in Wirklichkeit immer weniger erkennbar wird, ob tatsächlich und energisch dafür politische Kraft und Wille aufgewandt werden.

Für das Mißtrauen und die Distanz, ja auch die Fremdheit in den Beziehungen zwischen Staat und wachsenden Teilen der jungen Generation gibt es viele Gründe. Darin drückt sich ein ernstzunehmender Sachverhalt aus: Staat und Gesellschaft tun sich immer schwerer, sich zu verstehen und miteinander umzugehen. In einem solchen Klima wird eine Politik ohne konkrete Konsequenzen immer fragwürdiger. Nicht nur junge Menschen fragen sich, wohin die Politik will und warum sie nicht selten so verquollen oder administrativ verklausuliert wirkt. Um Beispiele zu nennen:

1. Alle Welt spricht heute von Arbeitszeitverkürzungen. Ist das nun ein Wochenendthema für Politiker oder soll daraus ein ernsthafter Inhalt von Beschäftigungspolitik werden? Worte allein beeindrucken uns nicht mehr. Wir



haben unsere Erfahrungen. In diesem Jahr hat es in den Tarifverhandlungen gegenüber Arbeitszeitforderungen von Gewerkschaften hartnäckigen Widerstand gegeben. Der Widerstand war stärker als der Fortschritt. Auch in der Politik ist es bei Absichtserklärungen geblieben. Die Sache bewegt sich nicht. Uns kann allein Überzeugen, was diesen Zustand ändert. Die politische Führungsrolle muß sichtbar werden. Regierung und Tarifvertragsparteien müssen ihren konkreten Beitrag leisten. Eine flexiblere Arbeitszeitpolitik für den Einzelnen, aber auch für die Beschäftigungslage, verlangt von beiden Anstrengungen.

2. Alle - von den Verbänden über die Regierung bis zum Bundespräsidenten - sprechen heute von der Humanisierung des Arbeitslebens. Aber lasse man sich nicht täuschen: Die Arbeitnehmer selbst empfinden, daß sich heutzutage unter Rationalisierung und Regression der Druck eher verstärkt. Zwischen Humanisierungs-Rhetorik und dem betrieblichen Alltag liegt eine Welt. Dabei stellt die Bundesregierung erhebliche Mittel und Möglichkeiten bereit - in den Forschungsetats, im Arbeitsschutz und in Bundesinstituten. Aber: Wie steht es mit Zusammenarbeit, Abstimmung und Zielen? Müssen nicht auch in diesem Bereich politische Führung und politischer Wille deutlicher werden, damit nicht das große Wort "Humanisierung" zur administrativen Werkelei wird? Sozialdemokratische Arbeitnehmer, gestützt auf ihre Beratungen und Beschlüsse, raten und erwarten, daß eine politische Konzentration und eine wirkungsvolle Ausrichtung in den Zielen von Forschung, Arbeitsschutz und Humanisierung deutlich wird.
3. Was lernt, so fragt man sich, die Politik aus jener "Zumutbarkeits-Debatte", wie sie in der Bundesanstalt für Arbeit monatelang geführt worden ist? Die Gewerkschaften haben sich gewehrt. Beschäftigungskrisen können eben so nicht individualisiert werden. Damit kommt man den tatsächlichen Problemen und der Arbeitslosigkeit nicht auf die Spur. Das eigentliche Thema, wie heute angesichts gewandelter Wirtschafts- und Arbeitsmarktverhältnisse Formen und Inhalte von Vermittlung praktisch aussehen sollen, wie überhaupt angesichts neuer gesellschaftlicher Verhältnisse Menschen und Arbeitsplätze in Beziehung zueinander stehen, kommt bei dieser administrativen Klauerei über die "Zumutbarkeit" immer mehr aus dem Griff. Wir fragen, was konkret und wie veranlaßt werden soll, um tatsächlich eine Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente zu ermöglichen und nicht auf Lösungen zu Lasten der Betroffenen auszuweichen.

Politik und Politiker würden sich irren, wenn sie meinen sollten, gefragt sei vor allem schwungvolle Rhetorik. Die Sprache zu gebrauchen, um mit ihr konkretes Handeln auszudrücken und so Vertrauen zu erwerben, das zählt mehr. Manche beklagen heute, daß es in der politischen Diskussion zuviel "Mystisches und Hintersinn" gebe. Mag sein. Nur haben diese Tonart, Doppelbödigkeit und Unbestimmtheit viele Väter. (-/28.5.1982/hj/ca)

+ + +



Heiner Geißler und das Gesetz des Dschungels

 Der CDU-Generalsekretär schweigt zum Treiben der Neokonservativen

Von Wolfgang Clement

SPD-Vorstandssprecher

Von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hätte mah gern ein deutliches Wort über den Kreuzung gehört, zu dem die Verbandsspitzen von Arbeitgebern und Industrie in diesen Tagen gegen den Sozialstaat aufgebrochen sind. Man erinnert sich: Noch vor gar nicht langer Zeit, Anfang März im Deutschen Bundestag, hat Geißler mit der ihm eigenen Leidenschaftlichkeit die Frage aufgeworfen, "ob wir uns von einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat zu einer Catch-as-catch-can-Gesellschaft entwickeln, in der das Gesetz des Dschungels, das Recht des Stärkeren, gilt". Heute argumentiert der Arbeitgeberpräsident Otto Esser genau in diesem Dschungel-Stil: Der "soziale Wildwuchs" in unserem Lande müsse "ausgemerzt", so gut wie alle sozialen Leistungen dieses Staates sollten zurückgeschnitten werden. - Doch wo bleibt Geißlers leidenschaftlicher Protest? Der CDU-Generalsekretär hüllt sich in Schweigen.

Dies ist nur ein Exempel auf die sozial- und gesellschaftspolitische Doppelbödigkeit der Union, die nach den Regeln des job-sharing verfährt: Die Sozialausschüsse und ihre Wortführer Geißler, Blüm oder Vogt nehmen jede Veränderung eines Sozialrechtsparagraphen durch die Bundesregierung zum Anlaß, um vor "sozialer Demontage" zu warnen, während der neokonservative Mehrheitsflügel der CDU/CSU mit dem Instrument des Bundesrates in der Hand und mit den starken Bataillonen von BDI und BDA im Rücken eben diese "soziale Demontage" unbarmerzig betreibt. Die Freiheit der Geißler-Blüm-Vogt-Gruppe in der Opposition ist auf die Funktion reduziert, den sozialpolitischen Roll-back-Ver-such der CDU/CSU mit dem Mantel der christlich-sozialen Nächstenliebe zu bedecken.

Zwei handfeste aktuelle Beispiele für diese asoziale Arbeitsteilung in der Union sind diese:

- Erstens: Im Bundestag haben SPD und FDP soeben die Initiative ergriffen, um die auf Druck der CDU/CSU-regierten Bundesländer im Bundesrat durchgesetzten Verschärfungen des Bundessozialhilfegesetzes wieder rückgängig zu machen. Betroffene: Eltern, deren behinderte Kinder in Heimen leben und Blindengeldempfänger. Geißler, der dem Treiben der Unionsländer kommentarlos zugesehen hatte, fand sich erst im nachhinein zu dem beschämenden Rechtfertigungsversuch herbei, den "Fehler" dürfe man "nicht einer Partei oder einzelnen Ländern" anlasten, sondern müsse alle Länder und Fraktionen dafür verantwortlich machen.
- Beispiel Nr. 2: Die gestern vom Bundestag beschlossenen Änderungen des Mietrechts, die auf den Widerspruch der CDU/CSU-Opposition stießen, weil sie ihr nicht weit genug gingen. Die Union will insbesondere die Staffelmiete nicht nur für Neubauten, sondern für den gesamten Wohnungsbestand einführen. Die Rechte der Mieter - also jener Schwächeren, deren Schicksal Geißler ständig beschwört - würden bei einer solchen Mietrechtsoperation zugunsten undefinierbarer Kapitalgeber grob vernachlässigt. Das nämlich gilt für die Belange von Bauwilligen und Wohnungssuchenden, die die Union zugunsten von Bodenspekulanten hintanstellte, als sie erneut gegen die von der Koalition geplante steuerliche Neubewertung unbebauter baureifer Grundstücke votierte.



Es gibt nach alledem kein einziges Indiz, das die Erwartung rechtfertigte, Geißler, Blüm, Vogt und andere könnten künftig in der Lage sein, die sozialpolitische Restauration der Unionsparteien aufzuhalten, wo immer sie sich niederschlägt, beim Schüler-Bafög, bei den Karenztagen in der Lohnfortzahlung oder in Kürzungen des Arbeitslosengeldes, denen Blüm in den CDU/CSU-Fraktionsberatungen schon einmal "schweren Herzens" hat zustimmen müssen. Helmut Kohl hat den sozialpolitischen Kahlschlägern freie Hand gegeben: "Es muß über alles geredet werden, auch darüber."

Den weiteren Gang der Dinge in der Union hat eine kurz aufflackernde Diskussion über Arbeitszeitverkürzungen schon vorgezeichnet: Als Heiner Geißler den Vorschlag unterstützte, das Rentenalter fakultativ auf 58 Jahre zu verkürzen, und Norbert Blüm assistierte, daß "eine soziale Arbeitsmarktpolitik auf Arbeitszeitverkürzung angewiesen" (ist), wurden beiden wie ein Mann vom Platz gefegt. Franz Josef Strauß ("Wir brauchen nicht mehr Rentner") und Helmut Kohl ("Wer solche Versprechungen macht, betrügt die Deutschen um ihre Zukunft") sorgten unisono dafür, daß das Thema Arbeitszeitverkürzung von der Union vorzeitig begraben wurde.

Heiner Geißler bleibt die Rolle des Deklamators, und selbst die ist ihm nicht unbenommen. "Hüten wir uns davor, vom Ende des Sozialstaates zu sprechen", schrieb er kürzlich in der "Welt der Arbeit". Doch Franz Josef Strauß war schon früher da: "Ich habe gesagt, der Bildungs- und Sozialstaat hat seine Grenzen erreicht und zum Teil überschritten." - Nach diesem Drehbuch verfahren derzeit CDU/CSU-Opposition, die von der Union regierten Länder sowie Arbeitgeber- und Industrieverbände mit dem Ziel, den Staat aus seiner Mitverantwortung zu drängen und die großen Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Wohnungsnot zu reprivatisieren.

(-/28.5.1982/bgy/ca)

+ + +



Ungerechte Härten werden abgebaut

Abschied vom Quotenvorrecht der Sozialversicherungsträger

Von Ludwig Stiegler MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Rechts- und Sozialpolitiker der Koalition haben nach intensiven internen Beratungen eine Rechtsvorschrift entschärft, die Jahr für Jahr Haftlichtansprüche in Milliardenhöhe von den Geschädigten auf die Sozialversicherungsträger übergeleitet hat. Gemeint ist der ehrwürdige Paragraph 1542 RVO in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 1926. Diese zentrale Regreßvorschrift, die das zivile Haftungsrecht mit den Vorschriften des Sozialrechts verknüpft, hatte und behält in anderer Form auch sicher ihre Bedeutung und Rechtfertigung, wenn der Sozialversicherungsträger den Schaden eines Unfallverletzten voll abgedeckt hat.

Wenn der Unfallverletzte seinen Schaden, zum Beispiel ärztliche Behandlung und Verdienstausfall voll vom Sozialversicherungsträger erstattet bekommt, ist die Überleitung seiner zivilrechtlichen Ansprüche gegen den Schädiger auf den Sozialversicherungsträger berechtigt, ja sogar notwendig, um eine Doppelentschädigung zu vermeiden. Der Geschädigte soll ja am Schadensereignis nicht verdienen, sondern so gestellt werden, als wäre das schädigende Ereignis nicht eingetreten.

Problematisch wurde es aber bei der sehr großen Zahl von Fällen, in denen die Schadensersatzansprüche des Unfallopfers gegen den Schädiger begrenzt waren, weil zum Beispiel mitwirkendes Verschulden oder mitzuverantwortende Betriebsgefahr den Schadensersatzanspruch gemindert haben. Wer also zum Beispiel bei einem Unfall wegen einer 50prozentigen Mitverantwortung nur einen um die Hälfte geminderten Schadensersatzanspruch gegen seinen Gegner hatte, konnte sehr häufig leer ausgehen, zumindest aber große Einbußen hinnehmen müssen. Wer zum Beispiel einen Gesamtschaden in Höhe von 4.000 DM hatte, dessen Ersatz vom Schädiger wegen einer Mitschuld nur zu 50 Prozent verlangt werden konnte, ist bei einer Sozialversicherungsleistung aus Anlaß dieses Unfalls in Höhe von 2.000 DM völlig leer ausgegangen.

Nach bisherigem Recht hat der Sozialversicherungsträger zwar Sozialleistungen an den Geschädigten erbracht, dafür aber den zivilrechtlichen Schadensersatzanspruch gegen den Unfallgegner im Wege des Regresses kassiert. Während zum Beispiel in einem solchen Fall ein Beamter oder ein Privatversicherter neben der Sozialleistung oder der Leistung seines Dienstherrn zusätzlich noch seinen Schaden mit dem Gegner abrechnen konnte, weil er das sogenannte Quotenvorrecht des Geschädigten hat, ist der Sozialversi-



cherte mit dem Quotenvorrecht des Sozialversicherungsträgers in diesen Fällen leer ausgegangen und auf seinem Restschaden sitzengeblieben.

Nach dem neuen Recht wird der zivilrechtliche Schadensersatzanspruch, den der Geschädigte gegen seinen Gegner hat, zwischen dem Geschädigten und dem Sozialversicherungsträger aufgeteilt. Das Recht des ersten Zugriffs des Sozialversicherungsträgers (Quotenvorrecht) wird abgeschafft. In unserem Beispiel hat nach altem Recht der Geschädigte neben einer Sozialleistung in Höhe von 3.000 beziehungsweise 2.000 DM nichts mehr erhalten. Sein Anspruch gegen den Schädiger ist voll auf den Sozialversicherungsträger übergegangen. Nach dem neuen Aufteilungsrecht wird der Geschädigte mitberechtigt. Von seinem Anspruch gegen den Gegner erhält er bei einer Sozialleistung von 3.000 DM 400 DM, bei einer Sozialleistung von 2.000 DM 1.000 DM und bei einer Sozialleistung von 1.000 DM 1.500 DM.

Dieser Ersatz, der - wie es im Fachchinesisch heißt - "absoluten Theorie" durch die "relative Theorie" ist ein erster wichtiger Schritt weg vom Quotenvorrecht des Sozialversicherungsträgers hin zum Quotenvorrecht des Geschädigten, das in der Privatversicherung und in der Beamtenversorgung bereits verwirklicht ist. Wir hätten es politisch lieber gesehen, dem Geschädigten schon jetzt das volle Quotenvorrecht zu geben. Die finanziellen Auswirkungen auf die Sozialversicherungsträger und die Träger der Sozialhilfe haben das noch nicht verantwortbar erscheinen lassen.

Gleichwohl ist kritisch vermerkt worden, daß weder das Ministerium noch Dritte exakte Zahlen über die Auswirkung der Einführung des vollen Quotenvorrechts der Versicherten vorlegen konnten. Der Rechtsausschuß hat deshalb auf Antrag der Koalition in Abstimmung mit den Sozialpolitikern eine Entschließung vorbereitet, die die Sozialversicherungsträger und die Sozialhilfeträger auffordert, bis zum 31. Dezember 1985 über die Auswirkungen des neuen Rechts zu berichten und gleichzeitig darzulegen, wie sich die Einführung des vollen Quotenvorrechts der Versicherten ausgewirkt hätte.

Damit bleibt das volle Quotenvorrecht der Geschädigten/Versicherten auf der Tagesordnung. Das ist auch notwendig, denn bei allem Verständnis für das Solidarprinzip der Sozialversicherung darf nicht übersehen werden: Für die Sozialversicherungsträger bedeuten die Regreßeinnahmen aus quotenbevorrechtigten Forderungen (früheres Recht) oder aus der "Quotenaufteilung" (neues Recht) einen kleinen Einnahmeblock (0,1 bis drei Prozent der Einnahmen). Für den einzelnen hat sich das Quotenvorrecht oft stark belastend ausgewirkt. Das kann auch noch für die Quotenteilung gelten. Unser Beispiel von 4.000 DM kann und muß in vielen Fällen ja oft mit 40.000 oder gar 400.000 DM Schaden gerechnet werden. Das führt dann für die Betroffenen zu Härten, die wir mit der neuen Regelung haben abmildern können und die wir gerne in Zukunft, wenn es irgend zu verantworten ist, ganz beseitigen würden.

(-/28.5.1982/vo-he/ca)

Dokumentation

Auf der Festsetzung der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz zum 150. Jahrestag des Hambacher Festes hat der französische Politologe Professor Dr. Alfred Grosser unter anderem folgende Ausführungen gemacht:

Helpen, Befreiung durchzusetzen

Hambach, das war auch gewissermaßen ein Fest der Intellektuellen, der Zeitungsleute, sagen wir einmal, der unorganisierten Liberalen. Und hier kann man sich die Frage stellen, inwiefern hatte das einen Bezug mit dem Parteiwesen und mit dem Volk.

Es ist - weil ich vor Ihnen stehe -, das heißt vor einem SPD-Kreis, und damit Sie nicht glauben, daß ich das schmeichelhaft für Sie sage, erlaube ich mir ein Selbstzitat, das, was ich Marion Dönhoff über diesen Punkt in der Paulskirche 1971 gesagt habe, bei der Laudatio: "Seien wir doch bescheiden wie unabhängige Weltveränderer, durch Schrift und Erziehung - wir verändern die Welt recht wenig, wir tragen zum Schutz von Freiheiten bei, wir helfen, Befreiung durchzusetzen, aber die echten Beschützer, die echten Befreier sind nicht Einzelne, sondern Gruppen, denen es im allgemeinen mit voller Berechtigung um ihr eigenes Schicksal geht. Ich glaube, daß "Die Zeit" mehr bietet als das DGB-Organ "Welt der Arbeit", aber hundert Leitartikel, seien sie noch so einleuchtend und schonungslos, haben für die Mitbestimmung weniger getan, als eine Streikdrohung des DGB im Februar 1951. Wenn es im 19. Jahrhundert nur mutige und geistreiche liberale Journalisten gegeben hätte und nicht eine organisierte Arbeiterbewegung, wieviel schlimmer würde es heute in unserer sogenannten Konsumgesellschaft aussehen? Und deswegen muß es kampflustige Organisationen geben."

Und deswegen gibt es hier etwas zu lernen aus Hambach. Vielleicht ist das Scheitern eben dadurch gekommen, daß es vorher keine Organisation gegeben hat oder daß es keine tragende Organisation nachher gegeben hat.

Dies ist dann, um es ganz kurz zu machen, zwischen 1870 und 1949 gegangen. Ich möchte auf eins hinweisen, so total undemokratisch ist die Kaiserzeit nicht gewesen, vor allen Dingen in der Toleranz. Und wenn ich mir die Reihe von "Kladderadatsch" oder vom "Simplicissimus" nehme, so kann ich nicht immer ganz verstehen, wie man sich so sehr über Klaus Staack aufregen kann, denn was im "Simplicissimus" oder im "Kladderadatsch" stand, das war viel härter.

Es ist hier aber auch zu fragen, ob damals die SPD in der Opposition nicht gerade besonders hart und ideologisch war, weil sie an keiner Machtbeteiligung dabei war, und hier muß ja daran erinnert werden - und das war eines der Verhängnisse der Parteidemokratie in Weimar -, das sie nur zur Macht gerufen wurde im Oktober 1918, als es klar war, daß man die Verantwortung auf die Parteien abschleben wollte.

Und dies muß zum Beginn von Weimar gesagt werden, zu der Geschichte der deutschen Demokratie. Natürlich sind die Leute, die dann die Bundesrepublik schaffen werden, ehrbar und wertvoll, aber sie hatten auch viel Glück gehabt. Sie haben Glück gehabt, das 1949 machen zu dürfen, nachdem der Hunger überlebt war, nachdem man international wieder aufsteigen konnte. Das Verhängnis von Weimar, eine schöne Verfassung zu haben mit der internationalen Erniedrigung und mit der Inflation zusammen, das hat natürlich von vorneherein an der Legitimität der Demokratie viel kaputt gemacht.

Die eigentliche Diskussion im Rückblick über Weimar ist aber eine andere. Sie ist die, die ich seit Jahren führe. Was bedeutet eigentlich Verteidigung der Demokratie? Was bedeutet "Wehret den Anfängen"? Und da gibt es zwei Schulen, beides stimmt teilweise. Einerseits muß man sofort Freiheiten beschränken, um Freiheiten zu verteidigen, um die Freiheit zu verteidigen. Und es stimmt auch, wenn es gilt, gegen Gewalt vorzugehen, aber das Risiko ist natürlich, daß man dann beginnt, Freiheiten zu beschneiden, und alle daran gewöhnt, daß es ein bißchen weniger Freiheit gibt und als Hitler Ende Februar 1933 die Freiheiten endgültig zerstörte, da hatte das auf dem Gebiet der Pressefreiheit zum Beispiel schon eine gewisse Angewöhnung der Bevölkerung gegeben an kleine Kürzungen der Pressefreiheit. Und deswegen glaube ich, daß man versuchen sollte, soviel wie möglich den Anfängen der Begrenzung der Freiheiten zu wehren. Das hat sich auch 1933 gezeigt. Und das ist ein



großer Moment an der Erinnerung an Hambach, wer hat das Recht? Ich finde, die SPD ver-
gibt ein wenig zu sehr zu ihren Ungunsten, den 23. März 1933. Am 23. März 1933 beim Er-
mächtigungs-gesetz haben alle Parteien, die für wirtschaftliche totale Freiheit sind, auf
die politische Freiheit verzichtet. Und nur diejenigen, die von Wirtschaftslenkung
sprachen, haben die politische Freiheit verteidigt. Und ich möchte nur wieder einmal an
den Satz von Otto Wels erinnern, mit dem er seine mutige Rede schloß: "Wir Sozialdemokra-
ten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Mensch-
lichkeit, der Freiheit und Sozialismus." Nicht "oder"!

Und hier muß aber im selben Satz hinzugefügt werden, daß die Sozialdemokratie, aber noch
mehr der ADGB dann doch noch abgedankt hat.

Und als dann nicht am 23. März, sondern am 19. April der Aufruf des Bundesausschusses
ADGB kam, um den gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, den 1. Mai, von Hitler
festgesetzt, zu begrüßen und zu sagen, die Gewerkschafter marschieren mit, was dann am
2. Mai erlaubte, die Gewerkschaftshäuser zu schließen, da geschah etwas, was auch große
Parteien und große Gewerkschaften bedenken sollen: Es muß starke Organisationen geben,
aber wenn sie stark sind, denken sie oft mehr an den Schutz der Organisation, als an die
politische Verwendung ihrer Kraft. Dann soll nicht vergessen werden, daß einer der
Gründe des Zusammenbruchs für 1933 eben gewesen ist, daß eine andere Partei im Namen
der Arbeiterbewegung sich total undemokratisch benommen hat, nämlich die KPD, und vor
allen Dingen, in ihrer Art Sozialdemokratie und Faschismus gleichzusetzen, weitgehend
dazu beigetragen hat, die Demokratie zu zerstören.

Das soll nicht heißen, daß nicht gerühmt werden sollen, die in der Hitlerzeit verfolgt,
verbannt, eingesperrt worden sind. Es soll aber doch heißen, und das möchte ich mit allem
Nachdruck sagen, daß am 30. Januar 1983 die großen Feiern zur Erinnerung der 50 Jahre
gewiß sehr berechtigt sind, aber doch nicht darauf zuführen sollten, auf das Jahr 1945
zurückzugehen, wo die Demokratie nur definiert war durch den Antifaschismus. Sie soll
weiter definiert sein durch den Antifaschismus, aber wir wollen auch unsere Definition
von 1947/48 beibehalten, sie ist gegen jeden Totalitarismus zu definieren und 1945 war sie
nur definiert zur Zeit, wo die Amerikaner in ihrer Besatzungszone darauf bestanden, daß
mindestens ein KP-Mitglied in jeder Redaktion sitzen sollte. Sie ist nicht nur dazu
zu definieren und ich möchte nicht, daß am 30. Januar nächsten Jahres diese Feier miß-
braucht wird, um zu sagen, auch im Sinne der Weltpolitik; Letzten Endes gibt es wenig,
was die beiden deutschen Staaten voneinander trennt. Denn es gibt viel.

Es trifft sich auch, daß 1945 die Trennung zwischen Demokratie und Nation nicht ganz
aufheben konnte. Oder wie das so schön gesagt worden ist in der vielleicht ergreifendsten
Rede, die Walter Scheel als Bundespräsident gehalten hat, die zur Feier vom 5. Mai 1975:
"Man kann nicht anders, als die Doppeldeutigkeit des 8. Mai 1945 für Deutschland zu
sehen, es war zugleich eine Katastrophe, eine nationale Katastrophe und eine Befreiung.
Es war beides."

Und der Verdienst der Bundesrepublik wird dann sein, daß freiheitliche, die Befreiung
zu betonen, was die Bundesrepublik nicht konnte, sie ist keine Nation und in diesem
Sinne gibt es keine deutsche Nation mehr, außer die, die verkörpert wird durch Breschnew,
Reagan, Mises Thatcher und Francois Mitterrand, das heißt, die vier Schutzmächte.

Es sind die vier Souveränität tragenden Mächte, und dies ist vielleicht etwas, was in
der Bundesrepublik auf die Dauer - und darauf komme ich jetzt - Sorgen schaffen muß: Man
ist eben ein unsouveräner, nicht ganz souveräner Staat geblieben: Man ist keine Nation,
es bleibt gewissermaßen vor allen Dingen die Freiheit. Aber wenn die Freiheit ein
bißchen zu sehr zum alleintragenden alleineinigenden Mythos der freiheitlichen demokra-
tischen Grundordnung wird, dann kennt man seine Ketzler und seine Verketterungen, wie
bei jeder Übertreibung eines Grundprinzips.

Deswegen möchte ich jetzt versuchen, einen Blick auf die Gegenwart zu werfen. Zuerst
einmal, welcher deutscher Staat darf sich auf Hambach berufen? Und hier möchte ich mit
allem Nachdruck sagen, die DDR darf es nicht, obwohl sie alles, das liberal und demokra-
tisch in Deutschland war, als Erbe anrufen möchte. Sie darf es nicht, es muß immer wieder
gesagt werden, daß die Grundfreiheiten von Hambach in einem deutschen Staate mehr ver-
wirklicht werden, als in dem anderen und deswegen, so viel Verständnis ich auch habe,
für diese Broschüre, für diesen Aufruf, zum 30. Mai im Kampf gegen die Berufsverbo-



te, so sehr bin ich schockiert, in den Texten zu lesen, zum Beispiel im Leitartikel "Widerstand", daß man Widerstand leisten soll heute in der Bundesrepublik wie damals und es wird kein Wort erwähnt, daß doch der heutige Staat etwas anderes ist und daß es wirklich einen anderen deutschen Staat gibt, wo man im Namen von Grundfreiheiten Widerstand zu leisten hat.

Und dies gilt natürlich auch für die Anwesenheit von den Hambacher Grundfreiheiten in Ländern wie Polen. Und daß dort keine Freiheit besteht, muß zuerst einmal nach der Extremistenseite gesagt werden oder auf der sehr linken Seite gesagt werden. Dort ist etwas, was gegen die Hambacher Grundprinzipien verstößt. Warum ich das sage? Weil man zum Beispiel in der letzten Nummer einer Monatschrift, auf die ich abonniert bin, nämlich die etwas zornige "Run" der DGB-Jugend, auf Seite 1 viele Jugendliche sieht und den Titel "DGB-Jugend für Frieden und Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch Solidarität mit Polen", was sehr wesentlich ist. Aber im Schlußsatz zu einem Bericht über Hambach wird in dieser Nummer geschrieben: Demokratische Massenbewegungen haben es schwer in Deutschland 1832 genauso wie 1983. Das scheint mir ein solcher Vergleich, der sehr, sehr übertrieben ist, außer er meint das Deutschland, von dem der Artikel nicht spricht.

Das soll aber nicht heißen, daß das mehrheitliche Deutschland, und da spreche ich unter anderem von den beiden großen Parteien - auch von der Oppositionspartei - das polnische Beispiel so weit wahrnehmen, oder jedenfalls die Solidarität, wie es in Hambach damals gesagt worden ist. Und ich muß meinem Vorredner da etwas widersprechen, er hat den Satz gebraucht an die Polen "wenn sie sich auf ihre eigene Kraft stützen", damals in Hambach wurde gesagt, daß die deutsche Kraft den Polen zur Verfügung stand. Und das ist etwas ganz anderes. Denn dieser Satz weist auf etwas hin, was sehr tragisch ist.

Wir dürfen froh darüber sein, daß wir eine wirtschaftlich gut funktionierende Gesellschaft haben, auch mit der Arbeitslosigkeit geht es uns relativ gut, wir haben noch Wohlstand und wir haben die Freiheit, damit sollen wir sehr zufrieden sein. Aber stolz darauf? Stolz viel weniger. Denn den Preis, daß wir das haben, bezahlen die Tschechen, die Ungarn, die Polen und einige andere, weil wir ja darauf verzichtet haben, ihnen politisch zu helfen, weil wir auch nicht das Leiseste riskieren wollen, um ihnen Hilfe zu bringen. Sei es nur, indem wir einen Druck über den "Metternich" in Gremien ausüben. Und deswegen würde ich sagen. Ich kann verstehen, daß man Polen gegenüber heute sagt, wir können nicht viel helfen. Der Beweis ist, daß wir den DDR-Leuten auch nur dadurch helfen können, daß wir mit Herrn Honnecker viel sprechen. Aber das ist kein Grund, nicht an Hambach zu denken und an diese Internationale der Freiheit, von der die Deutschen der DDR weltweit ausgeschlossen worden sind, mit Zustimmung aller Siegermächte. Das stimmt: Auch in der Bundesrepublik wird eigentlich mehr als verbale oder privatcaritative Solidarität kaum gezeigt. Und hier sind wir gleich bei der Frage: Was bedeutet der leere Sessel, und das hat mich sehr gefreut, von Walesa beim DGB-Kongress dieser Tage. Denn das ist schon die Frage: Was geht und was geht nicht in dieser Bundesrepublik?

Der leere Stuhl von Walesa geht zusammen mit der Neuen Heimat. Und da stört mich was. Es trifft sich nämlich, daß das erste, was in der Bundesrepublik heute nicht geht, das Verhältnis der Demokratie mit dem Geld ist. Damit man die Bürger auffordert, vor ihren Vertretern Respekt zu haben und die großen Organisationen mitzutragen, gehört etwas, was von meinem Vorredner sehr richtig gesagt worden ist, aber auf 1832 bezogen, daß der Steuerzahler und der Mitgliedsbeitragszahlende nicht den Eindruck hat, daß das, was er bringt, ich zitiere "leichtfertig verpraßt wird". Und ob es nun in der Diskussion um die Quellen der Parteigelder oder um die Diskussion um Neue Heimat geht, hier scheint etwas zu entstehen, was das Mißtrauen gegen die demokratietragenden Organisationen nicht zu Unrecht schürt, was vielleicht gefährlicher ist, als viele Demonstrationen, wenn sie auch unfriedlich verlaufen.

(-/28.5.1982 /hi/ca)

Verantwortlich: Willy Carl

